



JA ZUR

KREISLAUFWIRTSCHAFT

INHALT

KANTON ZÜRICH	2
ABSTIMMUNGEN	3
AUS DER REGION	5
GRÜNE STADT ZÜRICH	8
GRÜNE WINTERTHUR	10
JUNGE GRÜNE	11
AGENDA	12

Redaktion und Verlag

Grüne Kanton Zürich
Ackerstrasse 44, 8005 Zürich
044 440 75 50
www.gruene-zh.ch
sekretariat@gruene-zh.ch
IBAN CH09 0900 0000 8002 6744 4

Liebe Grüne

Hoffentlich hattet Ihr bisher einen schönen und erholsamen Sommer! Ich verbrachte die Ferien mit meiner Familie in Venedig. Als ich im Bekanntenkreis von unseren Reiseplänen erzählte, fiel mehrfach der Kommentar «oh schön, da muss ich auch noch hin, bevor es untergeht». Den meisten war bewusst, dass mit der fortschreitenden Klimaerwärmung der Meeresspiegel steigt und Venedig eines der frühen Opfer davon sein wird. Allerdings schienen auch viele diese Tatsache erstaunlich fatalistisch hinzunehmen. Wir sollten aber nicht stoisch zur Kenntnis nehmen, dass jahrtausendealte Kulturgüter und Lebensräume verloren gehen, sondern alles dafür tun, die Folgen der Klimakrise zu begrenzen!

Man kann es nicht oft genug sagen: Wir brauchen keine neuen Technologien, wir brauchen politische Umsetzung! Dafür kämpfen wir GRÜNE seit eh und je. Manchmal gelingt das mit überragendem Erfolg, wie bei der Kreislauf-Initiative der Jungen Grünen, über die wir am

25. September abstimmen. Der Gegenvorschlag war so überzeugend, dass er im Kantonsrat einstimmig angenommen wurde. Solche Einmütigkeit ist jedoch selten und es braucht auch weiterhin unser grünes Engagement.

In den nächsten Tagen wird die Klimafonds-Initiative lanciert, die von GRÜNEN und SP gemeinsam getragen wird. Sie sieht vor, dass 0,5 bis 1 Prozent des nationalen BIP in einen Investitionsfonds eingelegt werden, aus dem Massnahmen zum Schutz des Klimas und der Biodiversität finanziert werden können. Wir alle können zum Erfolg dieser wichtigen Initiative beitragen. Drückt euch am Tag der Lancierung einen Unterschriftenbogen aus und sammelt in der Nachbarschaft. Nehmt teil an Standaktionen der GRÜNEN in eurer Umgebung und sammelt Unterschriften vor den Abstimmungslokalen. Verhelfen wir dem Green New Deal zum Durchbruch!

■ Selma L'Orange Seigo, Co-Präsidentin
Grüne Kanton Zürich

LIEBE LESERINNEN

Mit der Kreislauf-Initiative kommt für uns GRÜNE wieder eine zentrale kantonale Vorlage zur Abstimmung. Auf den Seiten 3 & 11 wird erläutert, worum es geht und wie es von der junggrünen Initiative zum einstimmig unterstützten Gegenvorschlag kam. Sorgen wir gemeinsam für diesen wichtigen Schritt hin zur Kreislaufwirtschaft mit einem deutlichen JA zur Kreislauf-Initiative!

Als Grüner Baudirektor ist Martin Neukom der Taktgeber in der Zürcher Energiepolitik. Auf Seite 2 legt er dar, was die aktuelle Energiekrise für den Kanton Zürich bedeutet und wie Energieunabhängigkeit und Klimaschutz zusammenhängen.

In dieser Ausgabe schauen wir auch auf die erfolgreichen Gemeindewahlen vom Frühling zurück: Welche Gemeinde wird von der grünsten Exekutive im Kanton regiert und wie startet eine frischgewählte Stadträtin in ihr neues Amt? (Seiten 5 & 6).

Ich wünsche eine anregende Lektüre!

■ Steven Goldbach, Geschäftsführer Grüne Kanton Zürich

> publikation@gruene-zh.ch

IMPRESSUM

grünes blatt – Zeitung der Grünen Kanton Zürich, Ackerstr. 44, 8005 Zürich. Erscheint 4x jährlich. Auflage: 3'300 Ex. Redaktion & Layout: Steven Goldbach. Korrektorat: Beat Hess. An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Selma L'Orange Seigo, Martin Neukom, Thomas Forrer, Julian Croci, Meret Schneider, Katharina Prelicz-Huber, Marianne Oswald, Thomas Honegger, Severin Bachmann, Martin Graf, Patricio Frei, Lea Herzig, Anna-Béatrice Schmaltz, Balz Bürgisser, Luca Maggi, Florian Heer, Anna Simona Rieder, Steven Goldbach; Bildnachweise: S. 2: Baudirektion Kanton Zürich; S. 3: nick-fewings/unsplash; S. 4: Massentierhaltungsinitiative; S. 9: marqs/photocase; S. 10: carlos-de-toro/unsplash; S. 11: www.pilotprojekte.ch. Druck: Ropress. Diese Zeitung ist CO₂-neutral und auf FSC-Papier gedruckt: FSC C010121.

**ENERGIEUNABHÄNGIGKEIT
UND KLIMASCHUTZ**

Wir wissen es: Die Lage ist ernst. Die aktuelle Weltlage stellt viele Gewissheiten in Frage, gerade auch im Bereich der Energieversorgung. Die unselige Abhängigkeit vom russischen Gas liegt jetzt klar zutage. Bereits ist wieder die Rede von mehr Strom aus Braunkohle, um die Versorgung aufrechtzuerhalten. Fürs Klima sind das keine guten Nachrichten. Wobei die Energiekrise auch eine positive Wirkung hat: Sie beschleunigt die Transformation des Energiesystems. Entsprechend ausgebucht sind die Installateure von Wärmepumpen und Solaranlagen. Dennoch blicken wir mit Unbehagen in die nähere Zukunft.

Unser CO₂-Austoss muss rascher sinken

Unter diesem krisenhaften Eindruck steht auch der energiepolitische Bericht 2022 des Regierungsrats. Erstmals ist er in einen Strategie- und einen Planungsteil gegliedert. Der Bericht verdeutlicht, dass der CO₂-Ausstoss im Kanton Zürich schneller sinken muss – sowohl im Gebäudebereich wie auch bei der Mobilität. Und er zeigt auf, dass im Jahr 2050 die gesamte erforderliche Wärme und über die Hälfte des erforderlichen Stroms im Kanton selbst produziert werden könnte. Nicht zuletzt belegt der Bericht die Vereinbarkeit von Versorgungssicherheit und Klimaschutz.

derliche Wärme und über die Hälfte des erforderlichen Stroms im Kanton selbst produziert werden könnte. Nicht zuletzt belegt der Bericht die Vereinbarkeit von Versorgungssicherheit und Klimaschutz.

Energiesparen ist Gebot der Stunde

Noch schreiben wir aber das Jahr 2022. Dass wir im Winter frieren werden, halte ich für eher unwahrscheinlich. Dass Massnahmen wegen Gas- und Strommangel nötig werden ist hingegen möglich. Eher harmlos sind z.B. Sparappelle, die aber viel bewirken können: Wer seine Raumtemperatur von 23 auf 20 Grad senkt, benötigt 20 Prozent weniger Energie. Aber es gibt auch düstere Szenarien wie Stromabschaltungen, die ganze Industrien lahmlegen könnten.

So sind die Fakten, und so gehe ich in die Wiederwahl am 12. Februar 2023 – nicht mit Churchills Ankündigung von Blut, Schweiß und Tränen, aber doch mit der Gewissheit, dass wir vor grossen Veränderungen stehen.

■ Martin Neukom, Regierungsrat

DIVIDENDEN GERECHTER BESTEUERN

Wer heute zehn oder mehr Prozent an einer Aktiengesellschaft besitzt und dadurch Dividenden erhält, muss im Kanton Zürich nur die Hälfte dieser Einkünfte versteuern. Die andere Hälfte ist steuerfrei. Das will die Volksinitiative «Keine Steuergeschenke für Grossaktionärinnen und Grossaktionäre» der Alternativen Liste jetzt ändern: Sie will den steuerbaren Anteil auf 70 Prozent erhöhen, wie es auch bei der Bundessteuer gilt.

Mehr Steuergerechtigkeit

Damit schafft die Initiative ein Stück mehr Steuergerechtigkeit. Denn das Privileg der reduzierten Dividendenbesteuerung kommt vor allem den Reichsten zugute. 2014 waren es im Kanton Zürich gerade einmal 9'140 Personen, die Einkünfte aus sogenannten qualifizierten Beteiligungen von zehn Prozent und mehr hatten, dies im Umfang von 1,8 Milliarden Franken – wobei 261 Personen mehr als eine Million Franken pro Jahr einnahmen.

Den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken

Es ist falsch, Kapitaleinkünfte gegenüber den Löhnen steuerlich zu privilegieren. So geht die Schere zwischen Arm und Reich, aber auch zwischen dem sogenannten Mittelstand und den obersten Einkommensklassen, weiter auf. Zudem führt der Steuerrabatt bei kleinen AGs dazu, dass sich die Inhaber:innen eher eine Dividende statt einen Lohn auszahlen, weil dadurch die Beiträge an AHV und IV umgangen werden können.

Die Abschaffung von Steuerprivilegien fördert auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die GRÜNEN empfehlen die Annahme der Initiative.

■ Thomas Forrer, Fraktionspräsident

JA ZUR KREISLAUFWIRTSCHAFT

Am 25. September kommt der Gegenvorschlag zur Junggrünen und Grünen Kreislauf-Initiative zur Abstimmung. Nach den Erfolgen beim Strassengesetz, dem Energiegesetz und dem Klimaschutz-Artikel wollen wir auch dieses Mal zeigen: Grün macht Vorwärts!

Im Kanton Zürich fallen pro Jahr 4.2 Millionen Tonnen Abfall an. Dies entspricht 2.8 Tonnen pro Person, wobei Aushub- und Abbruchmaterial noch nicht einmal berücksichtigt werden. Vor fast vier Jahren lancierten die Jungen Grünen zusammen mit den GRÜNEN die Kreislauf-Initiative mit dem Ziel, diese Zahlen zu verringern. Zugunsten des breit abgestützten Gegenvorschlags wurde die Initiative zurückgezogen.

Stoffkreisläufe schliessen

Mit dem Gegenvorschlag soll ein schonender Umgang mit Rohstoffen, Materialien und Gütern sowie die Schliessung von Stoffkreisläufen in der Verfassung festgeschrieben werden. Dies soll primär über die Vermeidung von Abfällen wie auch über stoffliche Verwertung (also Recycling) geschehen.

Der Verfassungsartikel ist, wie üblich, breit und wenig konkret formuliert. Er wird jedoch das Fundament bilden, um die einzelnen Bereiche der Kreislaufwirtschaft mit Gesetzen und Verordnungen konkret voranzutreiben. Die grösste Wirkung kann in der Bauwirtschaft erzielt werden. Aktuell sorgt die Baubranche für 64 Prozent des Abfalls im Kanton Zürich. Mit Recyclingbeton

hat die Branche bereits Erfahrung gemacht. Zusätzlich würden insbesondere Baumaterialbörsen enormes Potential bieten. Statt recycelt würden diese Materialien so wiederverwendet. Ebenso sollte mehr aufgestockt und saniert werden, statt dass bestehende Bausubstanz abgerissen und neu gebaut wird.

Grundstein für ein nachhaltigeres Wirtschaften

Zudem werden 30 Prozent der Lebensmittel nicht konsumiert, sondern weggeschmissen. Auch hier könnten der Kanton und insbesondere auch die Gemeinden aktiv werden. Die Verwendung von unkonventionellem Gemüse in Kantinen und die Unterstützung von Organisationen, die aktiv Foodwaste verhindern, sind praktikable Möglichkeiten.

Wie bei der Lebensmittelverschwendung und in der Bauwirtschaft gibt es noch Dutzende andere Handlungsfelder, z.B. Plastikrecycling und bei Elektrogeräten. Mit einem Ja am 25. September 2022 legen wir einen wichtigen Grundstein für eine nachhaltigere Wirtschaft, die Kreislaufwirtschaft.

■ Julian Croci, Mitglied Geschäftsleitung



WEG VOM LEID MIT SYSTEM

MASSENTIERHALTUNGSINITIATIVE JA



Seit der Jahrtausendwende ist der Bestand landwirtschaftlich gehaltener Tiere in der Schweiz um beinahe die Hälfte gestiegen. Fast 80 Millionen Tiere wurden 2020 zur Fleischgewinnung getötet. Gleichzeitig ist die Zahl der Landwirtschaftsbetriebe von rund 70'000 auf weniger als 55'000 zurückgegangen. Pro Betrieb werden heute also erheblich mehr Tiere gehalten.

Massentierhaltung führt in die Sackgasse

Diese Entwicklung ist fatal fürs Tierwohl und steht dem Ziel einer standortgerechten Schweizer Landwirtschaft entgegen. Heute werden grosse Gruppen an Individuen auf engstem Raum zusammengepfercht. Regelmässiger Auslauf ins Freie und die Berücksichtigung der Bedürfnisse der Tiere kann in dieser Haltungsform nicht sichergestellt werden.

Für eine tiergerechte und nachhaltige Landwirtschaft

Hier setzt die Initiative gegen Massentierhaltung an: Sie weist den Weg hin zu einer standortangepassten Landwirtschaft, die für eine ressourcenschonende und tierfreundliche Produktion steht. Konkret fordert die Initiative

eine tierfreundliche Unterbringung, den Zugang ins Freie, eine schonende Schlachtung und kleinere Gruppengrößen je Stall.

Einheimische Landwirtschaft wird nicht benachteiligt

Schweizer Bäuerinnen und Bauern sollen gegenüber dem Ausland nicht benachteiligt werden. Deshalb fordert die Initiative auch eine Importregulierung. Diese ist WTO-konform, wenn die importierten Produkte der «öffentlichen Moral» eines Landes widersprechen, was eine Annahme der Volksinitiative klar belegen würde.

Das Verständnis von Konsumierenden und Produzierenden ist für die GRÜNEN als Brückenbauer:innen und für die Weiterentwicklung der festgefahrenen Landwirtschaftspolitik unabdingbar. Mit der Kleinbauern-Vereinigung, Demeter, KAG Freiland und Bio Suisse dürfen wir auf die Unterstützung wichtiger bäuerlicher Verbände zählen. Damit setzen wir ein Zeichen für den gemeinsamen Weg in Richtung einer möglichst tiergerechten und ökologisch nachhaltigen Schweizer Landwirtschaft.

■ Meret Schneider, Nationalrätin

NEIN ZUM

AHV 21-BSCHISS

AHV 21 kürzt die Renten der Frauen bis in 10 Jahren um 7 Milliarden, obwohl sie schon einen Drittel tiefer sind – inakzeptabel und ein erster Schritt zu längerer Erwerbsarbeitszeit für alle.

Wachsende Lohnungleichheit

Lohnungleichheit nimmt wieder zu, unbezahlte Haus-, Betreuungs- und Erziehungsarbeit leisten überwiegend Frauen und jede sechste pensionierte Frau lebt in Armut. Im Schnitt ist ihre Altersrente einen Drittel tiefer als die der Männer. Bei Lohngleichheit flössen jährlich 825 Millionen mehr in die AHV; Diskussionen über eine Zusatz-Finanzierung wären obsolet! Trotzdem soll die Rente gesenkt werden, d.h. für jede Frau länger arbeiten, dafür ca. 26'000 Franken Verlust!

Nur die Reichsten profitieren

Nach AHV 21 wollen die Bürgerlichen das Rentenalter auf 67 bzw. auf 70 für alle erhöhen und die 3. Säule «verbessern», von der nur die 10 Prozent Reichsten profitieren, derweil Erwerbslose ab 60 Mühe haben, eine Arbeit zu finden. Fair, stabil und solidarisch finanziert ist aber nur die AHV – via Umlageverfahren, damit auch Millionäre ihren Beitrag zahlen!

Lebenserwerbsarbeitszeit verkürzen

Alle sollten nach der Pensionierung noch einige Jahre gesund leben können. Wir GRÜNE wollen dafür die Lebenserwerbsarbeit verkürzen – d.h. mehr Zeit für Care-Arbeit und die Umsetzung der Klimawende. Angesichts hoher Lebenshaltungskosten und bescheidenen Altersrenten von durchschnittlich 3'600 Franken, die viele NICHT erreichen, muss die Rente erhöht werden. Für uns GRÜNE ist klar, die ökologische Wende geht nur sozial: AHV 21 ist das nicht, deshalb ein klares Nein!

■ Katharina Prelicz-Huber, Nationalrätin

GRÜN PACKT AN

START IN DIE REGIERUNGSARBEIT

Bei den Gemeindewahlen im März haben die GRÜNEN in den Parlamentsgemeinden im Kanton Zürich drei Regierungssitze dazugewonnen. Eine der strahlenden Wahlsiegerinnen ist Marianne Oswald, die – als erste GRÜNE überhaupt – den Sprung in den Stadtrat von Adliswil geschafft hat. Ein Gespräch mit der frischgebackenen Adliswiler Sozialvorsteherin über ihren Start ins neue Amt und ihre Ziele für die Legislatur.

Hallo Marianne! Nochmals herzliche Gratulation zur Wahl in den Stadtrat. Hast du dich schon etwas eingelebt?

Am 17. Mai 2022 habe ich mein Amt als Stadträtin und Sozialvorsteherin von Adliswil angetreten. Die letzten Wochen waren sehr intensiv und sehr spannend. Ich habe viele Menschen kennengelernt und mich in ganz verschiedene Themen eingearbeitet. So eine Amtsübernahme ist zweifellos ein Sprung ins kalte Wasser, aber man lernt extrem viel dabei. Ich wurde auch überall sehr freundlich empfangen, darum fühle ich mich bisher sehr wohl.

Du warst vor deiner Wahl in den Stadtrat bereits seit einigen Jahren im Adliswiler Gemeinderat. Wie empfindest du den Wechsel vom Parlament in die Exekutive?

Ich finde es toll, nun eine andere Rolle in unserem demokratischen System übernehmen zu dürfen und die Dinge direkt anpacken zu können. Dabei kann ich auf ein Team von kompetenten Mitarbeitenden in der Verwaltung zählen. Ungewohnt ist noch, nun stärker in der

Öffentlichkeit zu stehen als vorher als Parlamentarierin. Und die Verantwortung, die man trägt, ist natürlich auch deutlich grösser.

Wo siehst du deine Schwerpunkte für die Legislatur, was wirst du als Erstes angehen?

In meinem Ressort «Soziales» werden uns sicher der Ukraine-Krieg und seine Folgen noch länger beschäftigen. Daneben möchte ich die Partizipation von Kindern und Jugendlichen fördern und mich für preisgünstige Alterswohnungen einsetzen. Allgemein ist das Thema zahlbarer Wohnraum etwas, für das ich mich engagieren werde. Und logischerweise werde ich mich im Stadtrat auch immer für grüne Kernthemen wie erneuerbare Energien, Biodiversität, Veloverkehr stark machen. Für Adliswil wünsche ich mir eine integrale, also ganzheitliche, Stadt- und Quartierentwicklung, die genau diese Themen auch berücksichtigt.

■ Das Gespräch führte Steven Goldbach, Geschäftsführer Grüne Kanton Zürich



Marianne Oswald (Mitte) nach ihrer Wahl in den Stadtrat von Adliswil. Zusammen mit der Adliswiler Gemeinderatsfraktion der GRÜNEN.

GEMEINDEWAHLEN 2022

#GRÜN GEWINNT

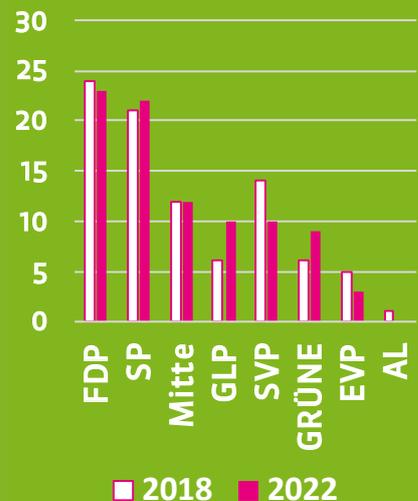
Wir GRÜNE können bei den Gemeindewahlen eine erfolgreiche Bilanz ziehen. Herzlichen Dank allen Unterstützer:innen und herzliche Gratulation an alle Gewählten.

Mehr GRÜNE in den Parlamenten

In Zürich, Winterthur, Schlieren, Bülach, Adliswil, Wädenswil und Wetzikon konnten wir in den Stadtparlamenten zulegen. Und auch in Opfikon, wo wir GRÜNE erstmals überhaupt zu den Gemeindewahlen angetreten sind, können wir auf Anhieb drei Parlamentssitze und damit Fraktionsstärke erlangen.

Mehr GRÜNE in der Regierung

In Adliswil, Wädenswil und Wetzikon ziehen wir GRÜNE in den Stadtrat ein und sind damit erstmals in 8 von 13 Regierungen der Parlamentsgemeinden im Kanton Zürich vertreten. Auch in den Exekutiven der Versammlungsgemeinden sind wir künftig stärker vertreten. Alle bisherigen Regierungsmitglieder der GRÜNEN, die wieder angetreten sind, wurden erfolgreich wiedergewählt.



Anzahl der Exekutivsitze in den Zürcher Parlamentsgemeinden nach Parteien, 2018 und 2022 im Vergleich.

DIE GRÜNSTE REGIERUNG IM KANTON ZÜRICH

Die grünste Regierung des Kantons Zürich? Diese befindet sich nicht etwa in den Städten Zürich oder Winterthur, sondern in: Greifensee. Seit den erfolgreichen Wahlen besetzen die GRÜNEN in der Gemeinde nun zwei der insgesamt sieben Exekutivsitze.

Am 4. Juli 2022 war Amtsantritt für Martina Alig (GRÜNE), die als frisch gewählte Primarschulpräsidentin von Amtes wegen ebenfalls Mitglied des Gemeinderats wurde. Zusammen mit Thomas Honegger (GRÜNE), dem Hochbau- und Planungsvorsteher, befinden sich in der Greifenseer Exekutive zwei GRÜNE, was einen Zürcher Rekord darstellt.

In keiner anderen Zürcher Regierung ist der Anteil der GRÜNEN höher. Nur in der Stadt Zürich befinden sich mit den Stadträt:innen Karin Rykart und Daniel Leupi ebenfalls zwei GRÜNE in der Regierung. In Greifensee ist der Anteil der GRÜNEN mit 2 von 7 jedoch höher

als in Zürich, wo die GRÜNEN 2 von 9 Mitglieder der Regierung stellen.

Bemerkenswert ist in Greifensee ebenfalls der hohe Frauenanteil: Mit Barbara Rodrigues (Aktion G), Franziska Graf-Schläppi (Aktion G), Martina Alig (GRÜNE) und Monika Keller (FDP) sind vier der sieben Sitze im Gemeinderat in Frauenhand. Die starke Präsenz der Frauen zeigt sich auch in den Präsidien. Mit Monika Keller, Gemeindepräsidentin, und Martina Alig, Primarschulpräsidentin, sind die beiden höchsten Sitze in Greifensee in Frauenhand.

■ Thomas Honegger, Gemeinderat Greifensee



WÄDENSWIL NEUES PRÄSIDIUM

Bei den Grünen Wädenswil gibt es einen Wechsel im Präsidium. Rita Hug hat an der GV vom 19. Mai ihren Rücktritt als Präsidentin gegeben. Rita hat die GRÜNEN langjährig mit viel Engagement und Motivation präsiert. Vielen herzlichen Dank für deine von uns sehr geschätzte Arbeit, Rita! Im Vorstand der Grünen Wädenswil wird Rita weiterhin bleiben.

Ihr Nachfolger im Präsidium wird Severin Bachmann. Er setzt sich nicht nur für eine lebendige Stadt Wädenswil mit diversen Jugend-, Kultur- und Mobilitätsangeboten ein, sondern möchte auch die Anliegen von Hütten, wo er wohnhaft ist, gut vertreten. Vize-Präsident wird James Hug. Als Vater von zwei Kindern liegt es James am Herzen, umweltfreundliche und wirtschaftlich vertretbare Lösungen zu finden, damit sich die Gemeinde nachhaltig entwickeln kann.

■ Severin Bachmann, Präsident Grüne Wädenswil



Rita Hug gibt das Präsidium der Grünen Wädenswil ab.



Neuer Präsident der Grünen Wädenswil: Severin Bachmann

NACHRUF

EDWIN NEITZSCH

Edwin Neitzsch kam aus politischem Hause, sein Vater amtierte als Verwaltungsleiter. Eigentlich wollte Edwin Bauer werden. Doch sein Vater winkte ab: «Ohne Hof, keine Bauernlehre!». Wohl oder übel absolvierte er eine Ausbildung zum Maschinenschlosser und Feinmechaniker. Er montierte Wasserkraftwerke im Maggia-, im Safiental, in Norwegen und in Frankreich. 1955 heiratete er Rosmarie Meier, eine bildhübsche Frau mit Illnauer Wurzeln. In den 60er Jahren wurde das Paar mit ihren 2 Kindern sesshaft, zunächst in Rapperswil. Edwin entdeckte den biodynamischen Gartenbau, eine Passion, die ihm ermöglichte, seinen Traum eines kleinen Hofes vor der Haustüre zu verwirklichen. Von 1972 bis 1993 war Edwin Neitzsch Leiter der Technischen Betriebe der Uni Irchel, seine letzte berufliche Station.

1980 zog die Familie nach Illnau. Zusammen mit Rudolf Vöglin und Thomas Schnellmann gründete er 1989 die Grünen Illnau-Effretikon, welche in den Parlamentswahlen 1990 auf Anhieb drei Sitze holte. Edwin war ein Fundi. Überzeugt vom Schutz unserer Erde, der Natur und des Bodens, vom sparsamen Umgang mit Ressourcen, empfand er jede Verschwendung als Gräuel. Schon bald engagierte er sich als erster Kompostierberater der Stadt und motivierte ganze Generationen für die organische Wiederverwertung. Parallel dazu nahm er Einsitz in der städtischen Fürsorgebehörde. Edwin war ein Macher, kein Prediger. Er lebte die Nachhaltigkeit vor, die er von der Gesellschaft erwartete. Dennoch blieb er grosszügig und hilfsbereit. Fallweise hatte er einen harten Kopf. Er liess nicht locker, auch wenn der Erfolg ausblieb.

Am 21. April 2022 ging er von uns, erhebenen Hauptes.

■ Martin Graf, Effretikon

KULTURLAND-INITIATIVE

GEGEN STRASSENPROJEKT

Ende Juni haben die Grünen Uster rund 1'000 Unterschriften für die Kulturland-Initiative gegen die Moosackerstrasse eingereicht. Damit wollen sie wertvolles Agrarland und ein wichtiges Naherholungsgebiet schützen.



Bei der Ustermer Stimmbevölkerung geniesst die Kulturland-Initiative gegen die Moosackerstrasse grosse Sympathien. Viele Bewohnerinnen und Bewohner ärgern sich über dieses weitere Strassenprojekt und haben spontan in ihrem Umfeld Unterschriften gesammelt.

Initiative stösst auf grossen Anklang

923 Unterschriften wurden eingereicht, nötig gewesen wären 600 Unterschriften. Mitinitiantin und Gemeinderätin Debora Zahn ist überzeugt: «Diese grosse Zahl an Unterschriften ist ein klares Zeichen an den Stadtrat: Die Ustermerinnen und Ustermer wol-

len die Moosackerstrasse nicht. Für sie ist der Erhalt von Landwirtschaftsland und aktiver Klimaschutz wichtiger.»

Das Ziel: Streichung der Strasse aus dem Richtplan

Mit der «Kulturland-Initiative gegen die Moosackerstrasse» wollen die GRÜNEN den Stadtrat dazu bringen, beim Kanton Zürich die Streichung der Moosackerstrasse aus dem kantonalen Richtplan zu beantragen. Mit dieser Strasse gingen im Süden der Stadt wertvolles Kulturland und ein wichtiges Naherholungsgebiet verloren. Ausserdem würde sie zu Mehrverkehr und zu weiteren Lärmbelastungen führen.

■ Patricio Frei, Gemeinderat Grüne Uster

SOPHIE KREUTZBERG ÜBERGIBT AN TARA WELSCHINGER

Nach vier Jahren als Geschäftsführerin der Grünen Stadt Zürich reicht Sophie Kreutzberg den Staffelstab weiter an Tara Welschinger. Die beiden Powerfrauen im Gespräch über Zero-Waste, unverzichtbare Skills im «Seki» und den Traum von Macht.



T: du bringst einen vielseitigen beruflichen Werdegang mit in die neue Stelle. Der erste Treffer bei Google, wenn man deinen Namen eingibt, hat aber mit Zero-Waste (Leben ohne Abfall) zu tun. Erreichen wir Zero-Waste mit dir im Sekretariat?

T: Klar, das ist das Ziel! Als Grüne Partei sollten wir eine Vorreiterrolle übernehmen. Veränderung fängt immer bei einem selber an. Es geht um eine innere Haltung und darum, Denkprozesse anzustossen. Eine Grüne Partei, die nicht einhielte, was sie selber predigt, wäre nicht authentisch. Aber ich bin gespannt, was für Dilemmata auf mich zukommen (lacht).

S: nach vier Jahren im «Seki», wo siehst du Abfall-Verbesserungspotenzial?

S: Wir produzieren oft viel zu viele Flyer, die wir entsorgen müssen. Im Büro sind ausserdem die Abfalleimer nicht selten voller Einwegverpackungen – das Essen ist also ein grosser Sparfaktor.

T: Ja, da stimme ich zu. Mein Tipp: Kaffeebecher und Essen von zu Hause mitnehmen oder sich das Mittagessen in eine Tupperdose schöpfen lassen.

T: auf was freust du dich am meisten bei den GRÜNEN?

T: Auf die vielen engagierten Menschen! Und das politische System kennenzulernen, weil das für mich neu ist. Velo und Mobilität sind für mich grosse Themen, aber auch soziale Gerechtigkeit, die Ernährungspolitik: Was essen wir in Zukunft, wie produzieren wir? Die globalen Abhängigkeiten und die Klimakrise beschäftigen mich.

Was waren deine Highlights als Geschäftsführerin?

S: (strahlt) Unter anderem die Einweihung des Emilie-Lieberherr-Platzes. Mehr Sichtbarkeit für Frauen ist mir sehr wichtig. Ich war immer wieder beeindruckt, wie motivierte Leute etwas anreissen und umsetzen. Und die Zusammenarbeit im Seki war einmalig: bei allem Stress war hier immer gute Stimmung, man unterstützt sich stets.

Was waren die Lowlights?

S: Protokollschreiben (lacht).

■ Das Gespräch führte Lea Herzig, Vorstand Grüne Stadt Zürich

Das gesamte Interview ist auf der Website der Grünen Stadt Zürich einsehbar.



NEU IM GEMEINDERAT

Anna-Béatrice Schmaltz ist seit Anfang Mai Mitglied der Fraktion im Gemeinderat. Drei Fragen an die Gemeinderätin.

Wie war der Start in dein neues Amt?

Ich bin gut gestartet. Es war wie der Start in ein Studium oder eine neue Arbeitsstelle. Viele neue Abläufe und Begriffe. Die anderen Mitglieder der Fraktion unterstützen mich und erklären bei Fragen. Ich habe mich mittlerweile gut in mein Amt eingelebt und es ist sehr spannend.

Was gefällt dir am meisten im GR?

Als Gemeinderätin erhalte ich einen vertieften Einblick in unterschiedlichste städtische Themen. Das finde ich sehr wertvoll. Ich schätze die Möglichkeit, die städtische Politik mitzuprägen. Der Austausch mit den anderen Gemeinderät:innen und das Schmieden von Allianzen sind mir wichtig.

Konntest du schon einen Vorstoss einreichen, wenn ja zu welchem Thema?

Ich habe schon einige Postulate und schriftliche Anfragen eingereicht. Es gibt viele Themen, die mir wichtig sind: Klimagerechtigkeit, Feminismus, Schutz vor Gewalt und Diskriminierung, Biodiversität, soziale Gerechtigkeit. Ich habe beispielsweise ein Postulat eingereicht, mit dem Auftrag zu prüfen, wie Schutzunterkünfte für Gewaltbetroffene für nicht-binäre Menschen (Menschen, die keine Frauen oder Männer sind) zugänglicher werden. Dieses Anliegen ist mir sehr wichtig. Alle Menschen sollen adäquaten Schutz erhalten.

■ Anna-Béatrice Schmaltz, Gemeinderätin



FÜR EINE GUTE TAGESSCHULE

Die beiden Hauptziele der Tagesschule nach dem Modell der Stadt Zürich sind die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern sowie die Chancengerechtigkeit und die Bildungschancen für Kinder und Jugendliche zu erhöhen.

Der Stadtrat präsentiert in seiner Verordnung eine «Tagesschule light». So soll zum Beispiel die Dauer der Tagesschule auf der Primarstufe auf 08.15 bis 15.30 Uhr beschränkt werden. Zudem will der Stadtrat den Elternbeitrag pro Mittag von heute 6 Franken auf 9 Franken erhöhen und die Ressourcen für die Mittagsbetreuung abbauen. Die GRÜNEN haben daher in Kooperation mit weiteren Parteien in einem intensiven Prozess die Stadtrats-Verordnung im Sinne der Ziele verbessert. Der Gemeinderat hat diese Verbesserungen gutgeheissen.



Beispielsweise soll die Tagesschule an Tagen mit Nachmittagsunterricht von 08.00 bis 16.00 Uhr Unterricht, Verpflegung und Betreuung zum günstigen Einheitstarif von 6 Franken pro Mittag gewährleisten. Dabei soll die Betreuung über Mittag von hoher Qualität sein und den Kindern einen pädagogischen Mehrwert bieten.

Diese und weitere Anliegen der GRÜNEN sind in der Gemeinderats-Verordnung festgehalten. Das Geld dafür ist gut investiert. Daher sagen wir GRÜNE JA zur Tagesschule, NEIN zur Stadtrats-Verordnung und JA zur Gemeinderats-Verordnung.

■ Balz Bürgisser, Gemeinderat

NOIGASS 100 PROZENT GEMEINNÜTZIG!

Die Noigass-Initiative hat ein klares Ziel: 100 Prozent – alle 375 Wohnungen auf dem Neugasse-Areal – sollen gemeinnützig werden. Damit kann die Neugasse zum positiven Gegenpart zur Europaallee werden – bei welcher städteplanerisch auf der gesamten Linie versagt wurde.

Seit dem Jahr 2000 sind auf SBB-Arealen in Zürich, die nicht mehr für den Bahnbetrieb benötigt werden, zehn Wohnsiedlungen gebaut worden. In acht dieser Wohnüberbauungen liegen die Mieten von 1'191 Wohnungen im obersten Preissegment. Die einleitend genannte Europaallee ist das bekannteste Beispiel. Aber auch in der Gleisribüne an der Zollstrasse kosten 3.5-Zimmerwohnungen bis zu 4'500 Franken und 4.5-Zimmerwohnungen bis 5'300 Franken. Ausnahmen bilden nur das

Areal Letzibach D, das die Stadt 2014 von den SBB erworben hat und das Zollhaus. Heute sind nur etwa ein Fünftel aller Wohnungen auf SBB-Arealen in Zürich gemeinnützig im Sinne der städtischen Wohnbauförderung.

Durch den Kauf des Neugasse-Areals oder einer Übernahme im Baurecht könnte die Stadt sicherstellen, dass 100 Prozent der auf dem Neugasse-Areal realisierbaren Wohnungen gemeinnützig sind. Aus Sicht der GRÜNEN-Fraktion zwingt ein Ja zur Initiative den Stadtrat und die SBB, die bereits aufgenommenen Verhandlungen über einen Kauf oder eine Abgabe im Baurecht fortzusetzen und weiterzuentwickeln.

■ Luca Maggi, Vizepräsident und Gemeinderat Grüne Stadt Zürich

PAROLENSPIEGEL

25. SEPTEMBER 2022

Stadtzürcher Vorlagen

- JA VI «Wissenschaftlicher Pilotversuch Grundeinkommen»
- JA VI «Neugasse»
- JA Objektkredit Sekundarschulanlage Im Isengrind
- JA Änderung der Gemeindeordnung für die definitive Einführung der Tagesschule

Verordnung über die Tagesschulen

- NEIN VTS Stadtrat (Variante des Stadtrats)
- JA VTS Gemeinderat (Variante des Gemeinderats)
- Stichfrage VTS Gemeinderat (Variante des Gemeinderats)

Weitere Infos zu den Abstimmungen sind unter gruenezuerich.ch abrufbar.



KONVERSIONSTHERAPIEN

VERBIETEN

Seit dem 1. Juli ist die Ehe für alle Realität. Nun dürfen ENDLICH auch Männer- und Frauenpaare heiraten. Dieser Meilenstein geht auf die ehemalige GRÜNEN-Nationalrätin Ruth Genner und ihren über 20 Jahre alten Vorstoss zurück.

Leider bleiben weitere diskriminierende Praktiken, welche z.B. die sexuelle Neigung «ändern» sollen, immer noch legal.

Diese zielen darauf ab, die sexuelle Orientierung (von homosexuell zu heterosexuell), die Geschlechtsidentität (von transgener zum Geburtsgeschlecht) zu verändern oder das homosexuelle Begehren zu hemmen (erzwungene Abstinenz). Diese Praktiken werden als Konversionstherapien bezeichnet.

Konversionstherapien schaden

Sie alle haben gemein, dass die Menschen NICHT «geheilt» werden, sondern bleibende Schäden davontragen – manchmal äusserliche, immer aber innerliche und nicht selten enden diese in Suizidversuchen der Opfer.

Konversionstherapien (Umpolungen) basieren auf den wissenschaftlich unhaltbaren Annahmen, Homosexualität sei:

- eine Sucht,
- promiskuitiv,
- widernatürlich,
- oder könne geändert werden.

Anbieter solcher Therapien und die Kreise, welche sie gutheissen, erfinden fiktive Gründe für die «falsche» Sexualität. Diese Menschen hätten:

- zu wenig Liebe des Vaters erhalten,
- zu viel Liebe von der Mutter erhalten,
- ein stark gestörtes Verhältnis zur Mutter (lesbische Menschen),
- hätten einen sexuellen Missbrauch erlebt.

Menschenverachtend

Wissenschaftlicher Konsens besteht darüber, dass die Veränderung der geschlechtlichen Orientierung nicht



möglich ist und diese auch nicht behandlungsbedürftig ist.

Verschiedenste Organisationen weltweit deklarieren mittlerweile alle Formen der Konversionstherapie als Menschenrechtsverletzung und Folter.

Und deshalb wurden sie in diversen europäischen Ländern wie Deutschland, Österreich, Frankreich, England, Malta, Holland, Griechenland, Norwegen und Irland, aber auch in Kanada und Taiwan bereits gesetzlich verboten.

Die Schweiz hinkt einmal mehr hinterher

So hat es der Bundesrat noch in den Jahren 2016 und 2019 im Gegensatz zu den umliegenden Ländern für nicht möglich befunden, ein Verbot von Konversionstherapien einzuführen. Das nationale Parlament hat es 2021 verpasst, über ein Verbot abzustimmen – zum wiederholten Male.

Warum eine kantonale Vorlage?

Die SRF-Sendung Reporter vom 25. Januar 2022 zeigt exemplarisch auf, wie rasch eine Konversionstherapie angeboten wird, wer die Organisatoren sind (z.B. Heilsarmee Zürcher Oberland) und vor allem wie weit diese Angebote von professionellen Therapien entfernt sind - in der Qualität und in der Ergebnisoffenheit.

Die Kantone Genf, Waadt und Basel-Stadt erarbeiten zurzeit Gesetzestexte. St. Gallen, Bern und Basel-Landschaft haben ebenfalls Motionen ähnlichen Inhalts überwiesen mit der Begründung: Die Kantone können nicht auf eine Bundeslösung warten. Vielmehr müssen sie selber aktiv werden und den ihnen zur Verfügung stehenden Spielraum nutzen.

Und das haben wir GRÜNE getan und im letzten Jahr eine (mehrheitsfähige!) Motion eingereicht. Nach den Sommerferien wird sie im Rat behandelt.

■ Florian Heer, Kantonsrat Grüne Winterthur (Erstmotionär)

KREISLAUF-INITIATIVE EINE JUNGGRÜNE ERFOLGSSTORY



Als wir die Kreislauf-Initiative vor den Kantonsratswahlen 2019 lancierten, hätten wir nie gedacht, dass wir nach vier Jahren über einen Gegenvorschlag abstimmen, der von allen Parteien im Kantonsrat befürwortet wird.

Systemwechsel beim Umgang mit Ressourcen

Die Kreislauf-Initiative entstand nach der Junggrünen Petition für ein flächendeckendes Plastikrecycling in der Stadt Zürich. Während sauberes Recycling von Plastik wichtig ist, ist die Vermeidung von Abfall noch viel wichtiger. Auch mit weiteren Ressourcen wird heute umgegangen, als gäbe es unendlich viel davon. Ein Systemwechsel muss im Umgang mit Ressourcen, Wertstoffen und Rohstoffen her. Denn für einen grundlegenden Wandel reicht es nicht, auf einen einzelnen Bereich abzielen. Vielmehr muss sich das grundlegende Verständnis ändern. Es zeigte sich, dass dies besser kantonal als städtisch angegangen wird. Die Idee einer kantonalen Verfassungsinitiative (übrigens die erste kantonale Initiative der Jungen Grünen Zürich überhaupt) war somit geboren.

Von der junggrünen Initiative...

Inhaltlich unterscheidet sich der Gegenvorschlag des Regierungsrats im wichtigsten Punkt nicht von der Initi-

ative: Kreisläufe schliessen und nicht mehr für die Deponie zu wirtschaften. Der Regierungsrat formulierte die Forderung breiter, damit auf jeden Fall die gesamte Wirtschaft berücksichtigt wird und entfernte eine Redundanz mit den eidgenössischen Gesetzen: Das Umweltgesetz bildet bereits die Grundlage dafür, den Eintrag von Fremdstoffen in die Umwelt zu verhindern. Wir konkretisierten dies in der ursprünglichen Initiative noch explizit.

...zum einstimmig unterstützten Gegenvorschlag

Nach dem Regierungsrat gelangten Initiative und Gegenvorschlag in den Kantonsrat. Zu diesem Zeitpunkt war schon abzusehen, dass der Gegenvorschlag gute Chancen hat, schliesslich kam er aus der immer noch bürgerlich geprägten Regierung in den Kantonsrat. Dort hat die Klima-Allianz von GLP bis AL eine Mehrheit. Dennoch muss sich in den vier Jahren seit der Lancierung der Wind gedreht haben, wenn sogar die SVP dem Gegenvorschlag zustimmt. Dies wohl nicht zuletzt durch den Druck von der Strasse durch den Klimastreik. Denn die Förderung immer neuer Rohstoffe und deren Veredelung braucht wesentlich mehr Energie als das Wiederverwenden und Recyceln von Produkten und Materialien.

■ Julian Croci, Vorstand
Junge Grüne Zürich

BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN

Warum wir den ersten Schritt zu einem bedingungslosen Grundeinkommen gehen müssen.

Am 25. September stimmen wir in der Stadt Zürich über die Volksinitiative für einen befristeten, wissenschaftlich begleiteten Pilotversuch zu einem Grundeinkommen ab. Dies wäre der erste Schritt für die definitive Einführung eines Grundeinkommens in der Schweiz und würde somit nicht nur für mehr Chancengleichheit sorgen, sondern auch einen positiven Einfluss auf die soziale Mobilität haben.

Denn: Was ein Mensch im Leben erreichen kann, hängt nicht nur von seinem Können ab, sondern auch ganz stark von seinem Kontostand. Doch nimmt man den Menschen die Sorge, wie sie die nächste Rechnung bezahlen sollen, werden sie nicht, wie oft behauptet, faul, sondern nutzen die freigewordene Kapazität, um sich fortzubilden, Sport zu treiben, sich gesünder zu ernähren oder ihre Kinder zu unterstützen.

So zeigte sich in früheren Studien, dass sich ein bedingungsloses Grundeinkommen positiv sowohl auf die Kosten des Gesundheitssystems als auch auf die Bildungschancengerechtigkeit auswirkt. Darüber hinaus gibt es auch allen Menschen die Möglichkeit, sich sozial oder politisch einzubringen und somit nicht nur ihr persönliches Potenzial besser auszuschöpfen, sondern auch gesamtgesellschaftlich ihre Interessen zu vertreten.

■ Anna Simona Rieder, Vorstand
Junge Grüne Zürich



GRÜNE TERMINE

GRÜNE KANTON ZÜRICH

29. August 2022, 19:30 Uhr

Mitgliederversammlung

Ort: Volkshaus Zürich (Blauer Saal),
Stauffacherstrasse 60, 8004 Zürich

GRÜNE STADT ZÜRICH

7. September 2022, 20:00 Uhr

Plappéro

Geniess deinen Feierabend mit den
GRÜNEN. Ort: Venus Bistro, Franklin-
strasse 9, Zürich

18. September 2022, 10:00 - 14:00 Uhr

Lauf gegen Rassismus

Ort: Bäckeranlage Zürich

22. September 2022

Velodemo

Ort wird noch bekannt gegeben

23. September 2022, 19:00

Salon Vert: Grüne Ratspräsidien

Ort: Volkshaus Zürich (Grüner Saal),
Stauffacherstrasse 60, 8004 Zürich

4. Oktober 2022, 19:30 Uhr

Mitgliederversammlung

Ort wird noch bekannt gegeben

GRÜNE WINTERTHUR

1. September 2022, 19:30 Uhr

Mitgliederversammlung

Ort: Kirchgemeindehaus,
Liebestrasse 3, 8400 Winterthur

GRÜNE WALD

19. August 2022, 19:00 Uhr

Sommerfest

Ort: bei Doris und Urs im Raad

20. August 2022, 10:00 - 12:00 Uhr

Back-to-school/Tempo-30-Aktion

Ort: Strassenaktion auf dem
Schwertplatz

11. September 2022

Rosenthalfest/Tempo-30-Aktion

Ort wird noch bekannt gegeben

GRÜNE DÜBENDORF

3. September 2022, 8:00 - 15:00 Uhr

Velobörse

Ort: Stadthausplatz, Dübendorf.

7. September 2022, 18:00 Uhr

Grüner Stammtisch

Ort: Familiengarten Zelgli, Dübendorf.

16. September 2022

Parking-Day

Ort: Adlerplatz, Dübendorf.

5. Oktober 2022, 19:00 Uhr

Grüner Stammtisch

Ort: Restaurant Plisi, Dübendorf.

GRÜNE BEZIRK DIELSDORF

3. September 2022 vormittags

Flyern und Unterschriftensammeln

Ort: Zentrumsplatz Regensdorf

17. September 2022, 10:00 - 12:00 Uhr

Öffentliche Exkursion Neeracherried

Treffpunkt: Schützenhaus, Neerach.

Zugvogelfest mit ornithologischer
Führung von Wilma Willi und Referat
«Naturschutz und Klima» von Martin
Neukom. Anmeldungen bis 15.9.2022:
wilma@swissonline.ch.

JUNGE GRÜNE

19. August 2022

Kick-Off Kreislauf-Initiative

Ort wird noch bekannt gegeben

25. August & 20. September 2022

Vorstandssitzung

Ort wird noch bekannt gegeben

2. September 2022

Mitgliederversammlung

Ort wird noch bekannt gegeben

ALLE VERANSTALTUNGEN

gruene-zh.ch/veranstaltungen



PAROLENSPIEGEL

25. SEPTEMBER 2022

Kantonale Vorlagen

- JA** Änderung der Verfassung des Kantons Zürich (Gegenvorschlag Kreislauf-Initiative)
- JA** Volksinitiative «Keine Steuer-geschenke für Grossaktionär-innen und Grossaktionäre»

Eidgenössische Vorlagen

- JA** Massentierhaltungsinitiative
- NEIN** Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer
- NEIN** Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenen-versicherung (AHVG) (AHV 21)
- NEIN** Bundesgesetzes über die Verrechnungssteuer: Verrechnungssteuergesetz (VStG)

gruene-zh.ch/abstimmungen

